

EU-Klimaziel 2040: Deutsche Positionierung wird zur Hängepartie

Von Lukas Knigge und Bernhard Pötter

Die Debatte um das EU-Klimaziel 2040 hat das Potenzial, die Koalition zu entzweien. Das Bundeskanzleramt strebt offenbar an, die Entscheidung den Staats- und Regierungschefs im Europäischen Rat zu überlassen.

Das Bundeskanzleramt erwägt, die Entscheidung über das EU-Klimaziel 2040 den Staats- und Regierungschefs zu überlassen. Dies wurde laut Informationen von *Table.Briefings* sogar bereits der dänischen Ratspräsidentschaft mitgeteilt, trotz fehlender Ressortabstimmung. Demnach hat es noch keine finale Entscheidung über die [deutsche Positionierung](#) gegeben. Die Idee basiert auf einem [französischen Vorstoß](#) von Anfang September, den Europäischen Rat am 23. und 24. Oktober entscheiden zu lassen.

Eine Einigung beim Gipfel gilt als unwahrscheinlich, da im Konsens entschieden wird. Einige Regierungschefs, wie Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán und der Slowake Robert Fico, haben kein Interesse an neuen Klimazielen. Somit würde dies eine deutliche Verzögerung des neuen CO₂-Reduktionsziels bedeuten.

Zugleich stünde der Koalitionsvertrag infrage. Darin heißt es, die Bundesregierung unterstütze deckungsgleich [mit der EU-Kommission](#) ein Ziel von 90 Prozent CO₂-Reduktion gegenüber 1990. Davon sollen drei Prozentpunkte durch internationale Emissionsreduktionen erfolgen. Unterstütze das Kanzleramt diese Forderung nun nicht mehr, schade dies der Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit des Kanzlers, sagt Linda Kalcher, Direktorin des Thinktanks Strategic Perspectives.

Kalcher warnt davor, die Verhandlungsposition der EU bei der anstehenden UN-Klimakonferenz zu schwächen. „Falls das 2040er-Ziel und das europäische NDC für 2035 erst im Europäischen Rat beschlossen werden, drohen ein offener Streit zur Klimapolitik und schwache Entscheidungen kurz vor der COP30 in Bélem.“

Das Knirschen in der Koalition sei hörbar und schwer erträglich, sagte SPD-Umweltminister Carsten Schneider zu *Table.Briefings*. „Wenn wir auf europäischer Ebene ein abweichendes Ziel für 2040 beschließen, das weniger CO₂-Reduktion vorsieht, national aber gezwungen sind, unter anderem durch das Verfassungsgericht, mehr zu machen, dann wird das eine Sonderbelastung für die deutsche Industrie.“ Das könne niemand wollen, so Schneider.

Das Bundesumweltministerium pocht daher auf eine Abstimmung mit qualifizierter Mehrheit im Ministerrat. Die dänische Ratspräsidentschaft hat am Dienstag nach bilateralen Treffen mit allen anderen 26 Mitgliedstaaten einen Text „mit

wesentlichen Änderungen“ vorgelegt, um einen Kompromiss beim Sonderumweltumweltrat am 18. September zu ermöglichen, wie ein Sprecher erklärte.

Bei einer fehlenden Einigung innerhalb der Bundesregierung müsste sich Deutschland enthalten. Das sogenannte „German Vote“ wollte Bundeskanzler Friedrich Merz eigentlich verhindern. Ob auch ohne Deutschland die qualifizierte Mehrheit zustande käme, ist unklar. Die dänische Ratspräsidentschaft muss entscheiden, ob sie die Abstimmung auf die Agenda der Ratssitzung aufnimmt. *Lukas Knigge*